

ANFRAGE Stadträtin Sabine Zürn (Die Linke) Stadtrat Niko Fostiropoulos (Die Linke) vom 16.05.2011	Gremium: Termin: Vorlage Nr.: TOP:	26. Plenarsitzung Gemeinderat 26.07.2011 799 17 b öffentlich
Bildungs- und Teilhabepaket des Bundes: Umsetzung des Bildungspaketes der Bundesregierung für Kinder aus Hartz-IV-Familien in Karlsruhe		

1. Welche Fördersummen aus dem Bildungspaket der Bundesregierung für Hartz-IV-Familien erwartet die Verwaltung für die Stadt Karlsruhe bzw. hat sie bereits als Gesamtsumme erhalten?
2. Woraus bestimmt sich die Gesamtsumme der Fördergelder aus dem Bildungspaket, die die Stadt Karlsruhe erwartet/erhält/bereits erhalten hat?
3. Welche Probleme kommen auf die Stadtverwaltung in der Umsetzung des Bildungspaketes der Bundesregierung zu?
4. Wird die Stadtverwaltung die Gelder aus dem Bildungspaket vollständig in zusätzliche Förderung an die Kinder aus Hartz-IV-Familien weitergeben?
5. Gibt es seitens der Stadtverwaltung Überlegungen, Gelder aus dem Bildungspaket etwa für
 - a) Mittagessenszuschuss
 - b) Bildungs- und Sportangebote

mit bereits bestehenden eigenen Förderungen für gering verdienende Familien zu verrechnen?

Wenn ja, werden die so „gesparten“ Gelder

- c) für eine Ausweitung der schon bestehenden eigenen Förderangebote eingesetzt oder
- d) anderweitig verwendet? (Wenn ja, wo?)

6. Wird die Stadtverwaltung Gelder aus dem Bildungspaket dafür nutzen, dass gering verdienende Eltern das Mittagessen für Ihre Kinder in Schulen, Kitas oder Horten nun kostenlos bekommen – also den bisherigen Eigenanteil von 22 EURO/Monat nicht mehr zahlen müssen?

Wenn nein, warum nicht?

Sachverhalt/Begründung:

Das Bildungspaket der Bundesregierung für Kinder aus Familien, die Leistungen nach dem SGB erhalten (Hartz IV usw.) ist aus Sicht der LINKEN unakzeptabel, weil völlig unzureichend und voll bürokratischer Gängelung - für die betroffenen Familien sowie für die Kommunen, die es umsetzen müssen.

Laut Presseberichten haben viele Kommunen und einige Bundesländer die Mitnahmeeffekte des Bildungspakets entdeckt. Etwa werden Bundesgelder für Mittagessen dankbar eingestrichen, die bisherige eigene Förderung dafür eingestellt und die so „eingesparten“ Summen anderweitig verwendet – sodass die Leistungen für Kinder aus Hartz-IV-Familien durch das Bildungspaket letztlich weder erweitert noch verbessert werden.

Die LINKE geht davon aus, dass in Karlsruhe die Fördergelder aus dem Bildungspaket sämtlich (abgesehen von möglichen Umsetzungskosten) als zusätzliche Bildungs- und Fördermaßnahmen den Kindern aus gering verdienenden Familien zugute kommen müssen.

unterzeichnet von:

Sabine Zürn

Niko Fostiropoulos

Hauptamt - Ratsangelegenheiten -

15. Juli 2011